

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum 30 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

Bundesrat und Volkswohl.

Th. Berlin, 1. November.

Bitter enttäuscht haben die Beschlüsse des Bundesrats vom 28. Oktober über die Höchstpreise für Roggen und Weizen. Die Erwartung, der Bundesrat werde dabei die Interessen der unbemittelten Volkskreise so wahrnehmen, wie es die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage erfordert, in der sich jetzt Millionen von Familien befinden, und zwar nicht solche allein, deren Ernährer unter Waffen stehen, ist gänzlich unerfüllt geblieben.

Unter den Notgesetzen, die der Reichstag in seiner Sitzung am 4. August nach kurzen Kommissionsberatungen beschlossen hat, befand sich auch eins, welches der Reichsregierung die Vollmacht erteilte, für wichtige Bedarfsartikel Höchstpreise festzusetzen, oder auch den Verkauf in eigene Hand zu nehmen. Mit dem Grundgedanken dieser Maßnahme konnte man schon einverstanden sein, da die Auswucherung des Volkes während des Krieges durch hohe Lebensmittelpreise verhindert werden sollte. Die Regierung versicherte, sie werde die Notgesetze so anwenden, wie es zum Vorteil der unbemittelten Volkskreise gereiche. Aus diesem Grunde wurde von allen Einzelberatungen abgesehen und die volle Ausführung der Gesetze, deren Wortlaut nur ein mageres Gerippe bot, dem Bundesrat anvertraut. Dieser sollte bestimmen dürfen, auf welche Warengattungen das Gesetz Anwendung zu finden habe und welche Höchstpreise Geltung haben sollten.

Bald genug zeigte sich nach Kriegsausbruch, wie notwendig die Vorsichtsmaßregel gewesen war. Man müßte die Profitgier nicht kennen, die sich den Teufel schert um Kriegsnot, sondern die auch in den schlimmsten Zeiten eben nur das eine Ziel kennt, ihren Beutel möglichst anschwellen zu lassen. Ihr? Ja, ihr habt die Pflicht, euer Blut zu verspritzen für das Land. Wir aber werden unterdes zusehen, wie wir unser Pfeifchen am besten schneiden können. Selbstsucht, ungemessene Selbstsucht ist ihnen die einzige Triebfeder ihres Handelns. Und so kam es, daß wenige Wochen nach Kriegsausbruch bereits Fleisch, Butter, Buttererzatzstoffe, Brotgetreide, Hülsenfrüchte, Eier, Zucker, kurz alles, was zum Lebensunterhalt gehört, im Preise anzog. Erst langsam, dann in unerhörter Weise. Es mag zugegeben werden, daß die Kopflösigkeit vieler, namentlich vieler Frauen, das sprunghafte hinaufschwellen der Preise insofern unterstützte, als sie in törichter Angst sich möglichst große Vorräte an wichtigen Lebensmitteln zu sichern suchten. Mehl, Salz und andere Waren wurden in einer Menge aufgespeichert, als gebe es nach wenigen Tagen auf Monate hinaus nichts mehr zu kaufen. Das machten sich natürlich die Händler zunutze. Und da auch die unsinnigsten Preise gezahlt wurden aus Furcht, es würde noch teurer werden, trieben die kurzfristigen Käufer und Käuferinnen die Preise weiter in die Höhe.

Doch bald kam die Ernüchterung. Anfang September folgte ein kurzer Rückschlag. Das behagte aber denen nicht, die sich an den prallen Mehrerträgen die Hände gewärmt hatten. Bald setzte von ihrer Seite das Hochtreiben der Preise ein, indem sie mit ihren Vorräten zurückhielten, so daß die Nachfrage größer war als das Angebot, was immer das unfehlbare Mittel ist, Preissteigerungen herbeizuführen.

Sobald die Bewegung eingesetzt hatte, forderte die Arbeiterpresse, der sich auch bürgerliche Organe anschlossen, die Reichsregierung solle von der ihr erteilten Befugnis Gebrauch machen. Doch Woche auf Woche verging, ohne daß der Bundesrat sich rührte. Für einzelne Waren, vor allem für Brotgetreide, kletterten inzwischen die Preise zu kaum dagewesener Höhe. Ende Juli hatte die Tonne Roggen (20 Zentner) M. 169 gekostet, die Tonne Weizen M. 205. Bis zum 26. Oktober war Roggen auf M. 225, Weizen auf etwa M. 265 gestiegen. Da erst setzte der Bundesrat ein. Und was hat er getan? Er hat die Preise für Roggen auf M. 209 (Königsberg) und M. 237 (Aachen, München, Straßburg, Stuttgart), für Berlin auf M. 220 normiert, und Weizen soll allenthalben M. 40 teurer sein

dürfen. Die Preise verstehen sich für den Großhandel; im Kleinverkauf sind Höchstpreise überhaupt nicht vorgeschrieben. Auch sollen die Preise nur für solchen Roggen gelten, von dem das Hektoliter bis 70 Kilogramm (140 Pfund) wiegt und für Weizen bis 75 Kilogramm. Für jedes Kilogramm Mehrgewicht sollen M. 1,50 mehr gefordert werden dürfen.

Durch den Begriff „Höchstpreis“ läßt sich natürlich niemand täuschen. Allerdings ist es keinem Großhändler, keinem Bauern verwehrt, seine Ware billiger abzugeben. Man müßte jedoch vertrauensvoller sein als die Polizei erlaubt, wollte man an diese Möglichkeit frohe Erwartungen knüpfen. So ist durch die Maßnahme des Bundesrats der Getreideverkehr nicht durchkreuzt, sondern direkt gefördert worden. Und wenn den Arbeiter darüber Born erfasst, so ist das berechtigt. Da wäre es wirklich schon besser gewesen, die Regierung hätte die Preistreiber der letzten Wochen in sich selbst zusammenbrechen lassen. Dann wäre das Brot vielleicht eine kurze Zeit lang noch um eine Kleinigkeit teurer gewesen, doch dann wäre der Rückschlag gekommen und von Dauer gewesen. Jetzt dagegen haben wir die angenehme Gewißheit, daß während des Krieges unverhältnißvolle Preise für das wertvollste Nahrungsmittel gezahlt werden müssen.

Die Stellungnahme des Bundesrats wird noch unverständlich, wenn berücksichtigt wird, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als offizielles Organ ausdrücklich erklärt hat, es sei einschließlich der im Juli vorhanden gewesenen Getreidevorräte genug Brotkorn in Deutschland vorhanden, um Volk und Heer bis über die nächste Ernte hinaus zu ernähren. Ja, glaubt man denn, der Krieg könne bis zum nächstjährigen Herbst dauern? Das würde kein Volk aushalten. Aber wenn schon! Im nächsten Jahre würde es doch wiederum eine Ernte geben, die für mindestens neun bis zehn Monate Brot sichert, also bis in den Sommer von 1916 hinein.

Aber dann die Hauptsache: Was hat die Menge der Vorräte mit dem Preise zu tun? Die Vorräte würden ebensolange reichen, wenn die Tonne Roggen M. 175 und der Weizen M. 200 kostete. Die Begründung, auf welche die Regierung ihre Höchstpreise stützt, ist nur geeignet, weiteren Unmut und Mißtrauen hervorzurufen, zumal § 9 der Verordnung ankündigt, vom 1. Januar 1915 ab erhöhten sich die Höchstpreise an jedem 1. und 15. jedes Monats um M. 1,50 pro Tonne. Das kann gut werden.

Ein weiterer Beschluß des Bundesrats vom 28. Oktober schreibt vor, daß Weizenbrot nur dann in Verkehr gebracht werden dürfe, wenn bei seiner Vereitung zu neun Gewichtsteilen Weizenmehl ein Gewichtsteil Roggenmehl hinzugefügt worden ist. Auch Roggenbrot muß vom 4. November an auf 95 Gewichtsteile Roggenmehl mindestens 5 Gewichtsteile Kartoffelmehl oder Kartoffellocken enthalten. Werden zwischen fünf und zwanzig Gewichtsteile beigemischt, so muß das Brot den Buchstaben K tragen. Bei noch größerem Gehalt an Kartoffelmehl muß dem Buchstaben K die Zahl der Gewichtsteile in arabischen Ziffern hinzugefügt werden.

Diese Maßnahme ist mindestens bedenklich, wenn nicht direkt gefährlich. Sie öffnet dem Betrage alle Türen, da nicht überall Preise für das Brot behördlich festgelegt worden sind.

So ist das, was der Bundesrat beschlossen hat, weder in dem befriedigend, was bestimmt wird, noch in dem, was ohne Regelung geblieben ist. Die Spannung von M. 40 zwischen Roggen und Weizen soll, wie die Regierung versichert, dem Durchschnittsverhältnis der letzten vier Jahre entsprechen. Aber warum vier Jahre? Hätte man den acht- oder zehnjährigen Durchschnitt zugrunde gelegt, wäre der Unterschied nur auf etwa M. 20 zu bemessen gewesen.

Deutschland hat einen Jahresbedarf von rund 16 Millionen Tonnen Brotgetreide. Muß jetzt die Tonne um M. 25 höher bezahlt werden, als der normale Preis beträgt, so bedeutet das eine Mehrbelastung des Volkes um 400 Millionen. Den Vorteil davon haben allein verhältnismäßig wenige Produzenten und Aufkäufer. Selbst

die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ meint dazu: „Das ist das Trübe. Niemand wird in dieser Zeit sich sträuben, Lasten zu tragen, die notwendig sind und die dem Reiche zugute kommen. Aber diese Steuer kommt dem Reiche nicht zugute, und sie wäre nicht nötig gewesen, wenn die Regierung nach dem Kriegsausbruch nicht drei Monate für ihre Beschlüsse gebraucht hätte.“ — Auch der letztere Hinweis bietet keinen genügenden Grund. Wollte der Bundesrat dem Volkswohl dienen, dann konnte er auch jetzt unter den augenblicklichen Marktpreis heruntergehen.

Sogar die „Kreuzzeitung“ schreibt, der Staat werde nicht umhin können, bis zu einem gewissen Grade die Hand auf die vorhandenen Vorräte zu legen. Und die reichsparteilichen „Hamburger Nachrichten“ fordern, daß im Laufe der Zeit noch eine Ermäßigung der Preise um M. 10 bis M. 20 eintrete, und in Fällen böswilligen Zurückhaltens von Getreide müßten Strafpreise festgesetzt werden, die M. 50 unter den Höchstpreisen stehen.

Wenn auch Blätter wie „Kreuzzeitung“ und „Hamburger Nachrichten“ sich offen gegen die agrarierfreundliche Haltung des Bundesrats auflehnen, dann hat das Volk erst recht Ursache, in den Beschlüssen vom 28. Oktober eine schwere Verletzung des Volkswohls zu erblicken.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Tariffdurchsicht und -genehmigung am 23. Oktober 1914 in Frankfurt a. M.

Zur Genehmigung lagen 15 Verträge vor, von denen 14 anstandslos bekräftigt wurden und einer unter Vorbehalt des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe seine Genehmigung fand.

Von den genehmigten Verträgen entfallen auf:

Bauarbeiter und Zimmerer	13
Bauarbeiter	1
Bauarbeiter und Zimmerer unter Vorbehalt	1

Der Zentralverband der Zimmerer ist an folgenden Verträgen beteiligt: Apenrade, Burgdorf, Dargun, Erlangen, Ganderkesee, Gotha, Grevesmühlen, Kiel, Laage, Münden a. D., Naunhof, Neustadt i. M., Penig und Schönberg.

Unter Vorbehalt wurde der Vertrag für Gotha (vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe) genehmigt, bis definitiv festgestellt ist, ob dort für das Maurergewerbe die Akkordarbeit zulässig ist oder nicht.

Für den Zentralverband der Zimmerer sind nunmehr 312 Verträge definitiv zum Abschluß gebracht.

Reiseunterstützung.

Die Zahlstellen, die in diesem Winter Reiseunterstützung auszusuchen haben (siehe „Zimmerer“ Nr. 43), werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Auszahler der Reiseunterstützung bis zum 17. November gemeldet sein muß. Unterbleibt die Meldung, wird der Zahlstellentaffierer als Auszahler bekanntgegeben.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 1. Nov. bis 7. Nov. ist die 36. Beitragswoche	
" " " 8. " " 14. " " " 37. "	
" " " 15. " " 21. " " " 38. "	
" " " 22. " " 28. " " " 39. "	
" " " 29. " " 5. Dez. " " 40. "	

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen § 21 des Statuts wurde ausgeschlossen: in Mannheim Joh. Chr. Muth (Verb.-Nr. 161876).
Der Zentralvorstand.

Rassengeschäftliches.

Folgende Vorschüsse zur Arbeitslosenunterstützung wurden in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober versandt: An die Zahlstelle Ahrensburg M. 150, Altrahstedt 150, Arzberg 50, Bensheim 150, Bergen a. Rügen 48, Camburg 50, Bitterfeld 150, Bremervörde 50, Cörlin 10, Culfsee 100, Detmold 150,

Deutsch-Biffa 100, Dintelbühl 20, Egeln 50, Förste a. S. 200, Frankfurt a. M. 1000, Freudenstadt 100, Friedland i. Schl. 50, Gardelegen 36, Garfeld 10, Hirschberg a. d. S. 19, 20, Jeyer 100, Kahla 100, Karlsruhe 300, Lemgo 80, Lucha 50, Ludwigs- hafen 350, Marienwerder 100, Meura 100, Mühldorf i. B. 30, Mühlhausen i. Elsaß 800, Müllchen-Clabach 100, Neu- stadt i. Holst. 30, Nürnberg 2500, Nürtingen 150, Ober- berg i. d. Mark 50, Podersuch 20, Pöhlitz 30, Querfurt 100, Regensburg 150, Regenwalde 40, Reutlingen 150, Roda 150, Rosenheim 100, Ruhland 30, Saarbrücken 200, Sachwitz 30, Sand i. Hess. 100, Selb i. Bayern 150, Schwarzenbach a. d. S. 40, Straßburg i. E. 1000, Teterow 72, Trachenberg 25, Tübingen 300, Uetersen 100, Waltershausen 100, Webel 150, Weimar 100, Weißwasser 50, Wilsen a. d. Ruhe 150, Zwenkau 200.

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gewerkschaften.

Gau Leipzig.

Situationsbericht.

Nachdem der Krieg nun drei Monate dauert, läßt sich allmählich ein Urteil abgeben über seine Wirkungen auf unsere Organisation und die Lebenslage ihrer Mitglieder. Bei der großen Anzahl von Zahlstellen in unserm Gau war es unmöglich, sie innerhalb einer kurzen Frist sämtlich aufzusuchen. Es mußte demnach versucht werden, mittels Mundschreiben entsprechende Feststellungen zu machen. Leider hat eine Anzahl von Zahlstellen nicht rechtzeitig berichtet. Immerhin bieten die eingegangenen Mitteilungen ein Bild von der Wirkung des Krieges auf das Organisationsleben.

Altenburg berichtet, daß mit der Mobilmachung fast die gesamte Bautätigkeit eingestellt war. In der dritten Woche der Mobilmachung waren 51 arbeitslose Mitglieder vorhanden, trotz zahlreicher Einberufungen. Durch umfangreiche Militärbauten fanden diese Kameraden sämtlich wieder Beschäftigung. Diese Bauten gehen jedoch ihrer Vollendung entgegen und zurzeit sind schon wieder Kameraden arbeitslos. Da Neubauten so gut wie gar nicht im Gange sind, auch nicht damit zu rechnen ist, daß welche in Angriff genommen werden, wird größere Arbeitslosigkeit eintreten. Die Stadtbehörde versucht, durch Notstandsarbeiten einer größeren Arbeitslosigkeit zu steuern, sie unterstützt auch die Arbeitslosen in bar und durch Naturalien. Gemeinsam mit dem Bauarbeiterverband ist das Ersuchen an den Arbeitgeberverband gestellt worden, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen. Die Antwort steht noch aus. Berichtet wird, daß das Organisationsleben innerhalb der Zahlstelle gegenwärtig ein regeres ist als in Friedenszeiten.

In Auma sind fast sämtliche Mitglieder zur Fahne eingezogen. Die noch vorhandenen arbeiten unter verkürzter Arbeitszeit. Die Aussichten für die Zukunft sind trostlos, da nicht ein Neubau im Gange ist. Irgend welche Maßnahmen, um der drohenden Arbeitslosigkeit zu steuern, sind von den Behörden bisher nicht getroffen. Aue wurde auch von der allgemeinen Panik betroffen. In diesem industriereichen Orte stockte anfangs alles. Im Laufe der Zeit besserte sich der Zustand. Neue Bauten sind aber nicht mehr in Angriff genommen, so daß bald kein Kamerad mehr im Berufe tätig sein wird. Durch Notstandsarbeiten sucht die Stadtbehörde der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Hier wird den Frauen der Einberufenen aus städtischen Mitteln ein Zuschuß gezahlt. Der Vorsitzende der Unter- nehmer des Baugewerbes zahlt an Frauen der einberufenen bei ihm beschäftigt Gewesenen pro Woche einen Zu- schuß von M 5. In Brandis steht es trostlos aus. Neu- bauten gibt es nicht, es stehen auch keine in Aussicht. Irgend welche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit sind von den Behörden noch nicht ergriffen, was um so be- dauerlicher ist, da hier eine wesentliche Steigerung der Lebensmittelpreise stattgefunden hat. Arbeitslose sind in unserm Berufe zurzeit 7 vorhanden; die noch Beschäftigten arbeiten halbe Tage. In Bitterfeld hat die Mobil- machung das Organisationsleben stark beeinträchtigt. Fast sämtliche Funktionäre sind eingezogen und neue haben sich nicht in dem Maße gefunden, wie es notwendig ist. Hier wird es Mühe kosten, die Zahlstelle wieder auf die Höhe zu bringen. Der Eigenart der hiesigen Industrie und dem Erweiterungsbau der Luftschiffhalle ist es zu verdanken, daß bisher sämtliche Kameraden voll beschäftigt waren. Allen Anschein nach wird hier vorerst größere Arbeitslosigkeit nicht einsehen. Belgern hat infolge des vorliegenden Bahn- baus bisher Arbeitslose nicht gehabt. Dadurch, daß dieser binnen kurzem fertig gestellt ist, muß auf größere Arbeits- losigkeit gerechnet werden. Neubauten usw. sind nicht vor- handen. Borna hat bisher unter den Folgen der Kriegs- wirren nicht zu leiden gehabt. Da die Militärbauten ihrer Vollendung entgegengehen und sonstige Bauten nicht im Gange sind, dürfte damit zu rechnen sein, daß eine größere Anzahl von Kameraden arbeitslos wird. Irgend welche Maßnahmen gegen eine drohende Arbeitslosigkeit sind bisher von der Behörde noch nicht ergriffen. In dem kleinen Landstädtchen Dahlen, wo in Friedenszeiten gegen 40 Kameraden beschäftigt werden, sind nur noch 8 Kameraden im Berufe tätig. Soweit sie nicht eingezogen sind, arbeiten die Zimmerer in der Landwirtschaft. Trotz Tarifvertrages hat die Firma Richter den Lohn um 5 s gekürzt.

In Crimmitschau ist die Bautätigkeit nach Aus- bruch des Krieges noch schlechter geworden, als sie vordem war, so daß die Mehrzahl der Nichteinberufenen auswärts arbeiten muß. So arbeiten am Barackenaubau Zwidau allein 25 Kameraden. Die im Orte Verbliebenen arbeiten seit August nur noch acht Stunden. Neubauten sind nach der Mobilmachung nicht mehr angefangen worden. Von der Stadt selbst werden größere Notstandsarbeiten ausgeführt. Auch in dieser Zahlstelle versuchte das Unternehmertum, den Lohn um 15 s die Stunde zu kürzen. Durch Mit- eingreifen des Bezirksarbeiterverbandes wurde die Lohnkürzung zurückgezogen. Chemnitz berichtet, daß durch den infolge der Mobilmachung verursachten Mangel an Baumaterialien eine ganze Anzahl Bauten stillgelegt wurde. Im Laufe der Zeit ist an verschiedenen Bauten die Arbeit wieder aufgenommen worden, sie werden aber

nur im Rohbau fertiggestellt. Zurzeit arbeiten in Chemnitz noch etwa 350 Zimmerer, davon an Staats- oder Gemeinde- bauten zirka 250 Mann. Vordem waren in Chemnitz 1000 bis 1100 beschäftigt. Das Ersuchen der Zahlstelle, die täg- liche Arbeitszeit zu verkürzen, haben die Unternehmer ab- gelehnt. Die Stadt Chemnitz zahlt Arbeitslosenunter- stützung als Zuschuß zur Unterstützung der Gewerkschaften. Der Zuschuß beträgt für Ledige 80 s und für Verheiratete 50 s pro Tag. Ausgesteuerte und dergleichen erhalten M 5 und für jedes Kind M 2,50 bis zum Höchstbetrage von M 15 die Woche. In den Landgemeinden wird auf diesem Gebiete so gut wie nichts getan. Lohnkürzungen sind in der Stadt Chemnitz nicht zu verzeichnen, um so mehr aber auf dem Lande, selbst in Orten, wo ein Tarifvertrag in Frage kommt. Leider haben sich Kameraden gefunden, die billiger arbeiten, selbst zu 24 s die Stunde. Des weiteren teilt die Organisationsleitung mit, daß die Mobil- machung am Anfang geradezu verheerend auf die Organi- sation eingewirkt hat. Ein großer Teil Funktionäre wurde eingezogen, Ersatz fand sich nicht immer so schnell. Hinzu kam noch, daß es auch viele Kameraden gab, welche der Meinung waren, während des Krieges hört jede Organi- sationsstätigkeit auf. Jetzt ist, von einzelnen kleineren Schwierigkeiten abgesehen, alles wieder in Ordnung.

Döbeln berichtet über eine bisher verhältnismäßig gute Arbeitsgelegenheit. Nur ein Kamerad ist zurzeit arbeitslos. Dadurch, daß die Stadtbehörde umfangreiche Arbeiten vornehmen läßt, hofft unsere Leitung auch für die Zukunft das Beste. Eine wesentliche Steigerung der Brot- und Fleischpreise hat in jüngster Zeit eingeleitet. Die Organisation ist bisher intakt geblieben. Delitzsch hat nicht berichtet. Schlechter als bisher konnte aber durch den Krieg die Bautätigkeit auch nicht werden. Die Mehrzahl der Kameraden ist schon mehrere Jahre gezwungen, aus- wärts zu arbeiten. In Droßitz ruht infolge des Krieges unser Handwerk sozusagen vollständig. Unsere arbeitslos gewordenen Kameraden arbeiten entweder in den Kohlenruben oder zu einer recht niedrigen Bezahlung (M 9 bis M 12 pro Woche) in der Landwirtschaft. Elster- berg hatte schon vor der Mobilmachung über eine schlechte Bautätigkeit zu klagen. Durch den Krieg hat sie vollständig aufgehört. Unsere Kameraden sind abgereist oder haben andere Arbeiten angenommen. Durch Notstandsarbeiten versucht die Stadt helfen eingzugreifen. Auch hier macht sich eine Steigerung der Brotpreise bemerkbar. In Eilen- burg, einer sehr industriereichen Stadt in nächster Nähe Leipzigs, stockte im Anfang der Mobilmachung auch alles. Durch Fortführung der Kasernenbauten, Barackenbauten und durch Zuangriffnahme der Bauten der Genossenschaft, war es möglich, wenigstens sämtliche unserer Berufs- genossen zu beschäftigen. Die Stadtbehörde versucht, durch Notstandsarbeiten Arbeitsgelegenheit zu schaffen. An Ar- beitslose wird von seiten der Stadt, soweit Bedürftigkeit vorliegt, Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Diese beträgt wöchentlich M 3, für die Ehefrau M 2, für die ersten drei Kinder je M 1,50, für weitere Kinder M 1. Alleinstehende Personen erhalten M 2 pro Woche. Die Unterstützung der Gewerkschaften wird mit 50 pzt. in Anrechnung gebracht. Von Eisenberg ist ein Bericht nicht eingegangen, eben- falls aus Falkenstein nicht. Dort kann der Krieg auf das Baugewerbe keine Wirkung mehr ausüben, schon vordem ruhte alles. Die Kameraden arbeiten bis auf wenige auswärts.

Von Glauchau, Grimma und Frankenberg ist ein Bericht nicht eingegangen. Da aber in allen drei Zahlstellen Kasernen gebaut werden, steht zu erwarten, daß die Kameraden zum übergroßen Teil noch in Beschäftigung stehen. In Großschönpegau ist schon seit Jahren die Bautätigkeit eine mäßige gewesen. Die Kameraden sind zum übergroßen Teil auf Leipzig angewiesen. Zurzeit ruht die Bautätigkeit vollständig, nicht einmal Reparaturarbeiten sind im Gange. Soweit die Kameraden nicht in Leipzig Arbeit erhalten haben, sind sie auf den Kohlenruben oder in der Landwirtschaft beschäftigt. Von dieser Zahlstelle haben schon mehrere Kameraden den Tod in Feindesland gefunden, darunter der Vorsitzende der Zahlstelle. Ganz besonders leidet Gera unter dem Krieg. Trotz sehr vielen Einberufungen sind zurzeit 40 Kameraden arbeitslos, wovon sich 25 zur Kontrolle melden. Aussicht auf Besser- ung ist nicht vorhanden. Nur ein einziger Neubau und einige kleinere Umbauten sind im Gange. Besondere Maßnahmen, durch Notstandsarbeiten die Arbeitslosigkeit zu steuern, werden erwohnt. Die Stadt zahlt eine Arbeits- losenunterstützung von wöchentlich M 5,50 bis M 15,50. In den Vororten werden nach Bedarf Geld oder Naturalien gewährt. Kleine Orte gewähren nichts. Eine besondere Steigerung der Preise ist durch den Konsumverein bisher hintangehalten worden. Am 8. August kosteten im Laden- geschäft pro Pfund: Zucker 80 s, Mehl 22 s, Salz 15 s, im Konsumverein: Zucker 22 s, Mehl 20 s, Salz 10 s. Zurzeit kosten im Ladengeschäft: pro Pfund Zucker 28 bis 25 s, Mehl 22 bis 25 s, Salz 10 bis 12 s, Kartoffeln 7 bis 8 s; im Konsumverein: pro Pfund Zucker 22 s, Mehl 20 s, Salz 10 s, Kartoffeln 6 s.

Dieselbe Wirkung wie in Gera hat der Krieg in Greiz gehabt. Hier sind die angefangenen Bauten nur zum Teil fertiggestellt worden. Neue Bauten sind nicht angefangen. Ein ganzer Teil Kameraden ist abgereist oder hat andere Arbeit angenommen. Trotzdem die in Arbeit Stehenden verkürzte Zeit arbeiten, sind zehn Arbeitslose vorhanden. Von seiten der Stadt werden Notstandsarbeiten ausgeführt. Die Organisation, die anfangs etwas gelitten hatte, ist jetzt wieder intakt. Grafenhainichen hat nicht berichtet, ebenso ist von Halle ein Bericht nicht eingegangen. In Halle ist es in den ersten Tagen der Mobilmachung genau so gewesen wie in andern größeren Orten. Alles stockte. Erst nach und nach hat man sich ent- schlossen, die angefangenen Bauten fortzuführen. Größere städtische Bauten, von den Kläranlagen abgesehen, sind nicht vorhanden, auch nicht zu erwarten. Die arbeitslos Ge- wordenen sind abgereist oder haben Arbeit an den Baracken- bauten in dem nahegelegenen Merseburg angenommen. Arbeitslosenunterstützung wird von der Stadt Halle im Höchstbetrage bis zu M 12 gezahlt. Die Unterstützung der Gewerkschaften wird zum Teil in Anrechnung gebracht und wird von denjenigen Gewerkschaften der Stadt geradezu ein Geschenk gemacht, deren Unterstützung recht hoch ist.

In Hainichen sind durch die Mobilmachung sämtliche Funktionäre eingezogen. Die Geschäfte werden von der Frau des Kassierers erledigt. Durch Weiterführung der durch die Mobilmachung liegengelassenen Bauten und dadurch, daß mehrere Unternehmer von dort Arbeiten an den Kasernenbauten in Frankenberg haben, sind Arbeits- lose zurzeit nicht vorhanden. Hohenmölsen berichtet, daß nur noch zwei Kameraden im Berufe tätig sind und daß durch den Krieg das gesamte Baugewerbe lahmgelegt ist. Arbeitslos sind zwei Kameraden. Die übrigen haben sich Arbeit in den Kohlenruben gesucht. Die Zahlstellen Hirschberg sowie Johanneberg sind in der Auflösung entgegen. Die tätigen Kameraden sind einberufen und die zurückgebliebenen zeigen nicht das ge- ringste Interesse an der Organisation.

Das Klingenthaler Unternehmertum kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, als erstes den Lohn gekürzt zu haben, trotz des bestehenden Tarifvertrages. Unsere Kameraden haben dieserhalb die Arbeit niedergelegt. Der Sieg war dank der Rückständigkeit der Bevölkerung auf seiten der Unternehmer. Die Einwohnerschaft konnte es nicht einsehen, daß auch während des Krieges der Tarif- vertrag gehalten werden müsse. Zurzeit herrscht große Arbeitslosigkeit und sind Aussichten auf Besserung nicht vorhanden. Glücklicher haben bisher die Verhältnisse in Leisnig gelegen. Durch die vorliegenden Kasernen- bauten hatten bisher die Kameraden immer volle Be- schäftigung. Da die Kasernen aber ihrer Fertigstellung entgegengehen und sonstige Neubauten nicht im Gange sind, ist damit zu rechnen, daß binnen kurzem Arbeitslosigkeit einsetzt.

Auch an der Zahlstelle Leipzig ist die Mobilmachung nicht spurlos vorübergegangen. Im Anfang der Mobil- machung standen fast sämtliche Bauten still. Eine große Anzahl der Nichteinberufenen mußte Leipzig verlassen und die übrigen fanden Arbeitsgelegenheit an den Militär- und Krankenbaracken. Durch Eingreifen der Behörde und der Unternehmerorganisation wird an der Mehrzahl der stillgelegten Bauten wieder gearbeitet. Immerhin ergab eine am 11. September aufgenommene Statistik, daß noch 53 Bauten vollständig ruhten und 14 Zimmerbetriebe voll- ständig eingestellt waren. Durch diese Aufnahme wurden bei 70 Unternehmern 739 Gesellen inklusive Poliere er- mittelt, am 18. August 1918 hingegen 2053 Gesellen bei 196 Unternehmern. Arbeitslos waren Anfang Oktober dieses Jahres 67 Kameraden. Verhältnismäßig wenig. Hierbei darf aber nicht verkannt werden, daß mit Wechsel- schicht gearbeitet wird, so daß jeder nur drei Tage in der Woche beschäftigt ist. Die Bautätigkeit erstreckt sich zurzeit vornehmlich auf die Fertigstellung der bereits angefangenen Bauten. Soweit Bedürftigkeit vorliegt, wird von der Stadtbehörde den Frauen der Einberufenen ein Zuschuß bis zu 80 pzt. des ortsüblichen Tagelohnes gezahlt, an arbeitslose Ledige M 16 und an Verheiratete bis zu M 30 pro Monat.

Von Lengsfeld ist ein Bericht nicht eingegangen, dort liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Industriegebiet Falkenstein. In Lucha ist nicht ein einziger Bau im Gange und sind die wenigen nicht einberufenen Mitglieder, soweit sie nicht auf den Kohlenruben arbeiten, beschäfti- gungslos. Von Lusa wird berichtet, daß sämtliche Neubauten seit der Mobilmachung still liegen und auch keine Aussicht vorhanden ist, daß sie in diesem Jahre weiter- geführt werden. Soweit die Kameraden noch in Arbeit stehen, arbeiten sie verkürzte Arbeitszeit. Zwei Unter- nehmer haben den Lohn um 5 s pro Stunde gekürzt. Durch den Krieg ist die Bautätigkeit in Meerane noch flauer geworden, wie sie vordem war. Ingesamt wird noch an der Fertigstellung von fünf Neu- und vier Um- bauten gearbeitet. Im ganzen Zahlstellengebiet sind noch 56 Kameraden beschäftigt, davon in der Stadt Meerane 26. 6 Kameraden sind zurzeit arbeitslos und 24 eingezogen. Es wird damit gerechnet, daß binnen kurzem sämtliche Mit- glieder arbeitslos werden. Eine Steigerung der Lebens- mittelpreise ist auch in dieser Zahlstelle eingetreten. Irgend- welche Maßnahmen von seiten der Behörde sind bisher nicht ergriffen. In Mittweida werden die bereits in An- griff genommenen Bauten fertiggestellt. Weitere pro- jektierte Bauten sind einstweilen zurückgestellt, so daß schon jetzt eine größere Anzahl Kameraden arbeitslos ist. Die Stadt läßt Notstandsarbeiten ausführen und zahlt hierfür pro Stunde 25 s. An die Familien der Einberufenen ge- währt sie Zuschüsse in Form von Lebensmitteln. Das Organisationsleben geht seinen Gang. In Merseburg war infolge der schlechten Bautätigkeit schon vor der Mobil- machung ein Teil der Kameraden gezwungen, im Kohlen- revier zu arbeiten. Dadurch, daß in den ersten Wochen der Mobilmachung Wagenmangel einsetzte, machte sich eine starke Arbeitslosigkeit bemerkbar. Durch Ausführung umfangreicher Militärbauten ist diese zurzeit behoben. Raumburg berichtet über eine verhältnismäßig zu- friedenstellende Arbeitsgelegenheit, die mit darauf zurück- zuführen ist, daß ein großer Teil von Kameraden ein- berufen ist und die übrigen verkürzte Zeit arbeiten. Die Stadt läßt Notstandsarbeiten ausführen und zahlt hierbei pro Tag (sieben Stunden) M 2,50. Arbeitslos sind zurzeit sechs Kameraden.

In Oschatz ruht die Bautätigkeit infolge des Krieges vollständig. In Beschäftigung stehen mit den Polieren ins- gesamt neun Mann. Arbeitslos sind zwei Mann. Die übrigen haben in andern Gewerben und in der Landwirt- schaft Beschäftigung gefunden. Leider hat auch in dieser Zahlstelle der Tod schon eine Lücke gerissen. Der sehr eifrige Vorsitzende Reinhold Müller ist in Feindesland gefallen. In Oelsnig ruht die Bautätigkeit. Selbst einige bereits angefangene Bauten liegen seit Beginn des Krieges still. Aussichten auf Besserung bestehen nicht. Zurzeit sind zwölf Kameraden arbeitslos. Plaue hat nicht berichtet. In Penig hat das Unternehmertum auch versucht, den Lohn zu kürzen. Durch Eingreifen des Arbeitgeberverbandes er- halten die wenigen noch in Arbeit Stehenden wieder den Vertragslohn. Die Bautätigkeit liegt still und kein Aussichten auf Besserung vorhanden. Von Reichenbach ist kein Bericht eingegangen. Hier liegt es ähnlich wie in Greiz und Gera. Alles ruht. Ein ganz erheblicher Teil von Kameraden arbeitet auswärts. Durch Notstandsarbeit sucht die Stadtbehörde die Arbeitslosigkeit zu steuern. In Rötha haben durch die gute Arbeitsgelegenheit im

Rüchschlager in den Zuriichtereien etliche Kameraden Unterschlopf gefunden. Arbeitslose sind zurzeit nicht vorhanden. Die Zahlstelle R o s s w e i n hatte gleich mit Eintritt der Mobilmachung mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu tun. Ausichten auf Besserung bestehen nicht. In R o n n e b u r g erstreckt sich die Bautätigkeit auf dem Umbau des Bahnhofes. Die Kameraden, soweit sie noch im Beruf tätig sind, arbeiten verkürzte Zeit. Den übrigen war es möglich, in der Automobilfabrik Arbeit zu erhalten. Die Stadt hat Maßnahmen ergriffen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und wird Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Beklagt wird über Steigerung der Lebensmittelpreise und daß das Interesse unserer Kameraden an der Organisation nicht so ist, wie es wünschenswert wäre.

In S t a l l b e r g werden nur die vor der Mobilmachung angefangenen Bauten fertiggestellt. Ein Teil Kameraden ist deshalb schon entlassen, fand aber Arbeitsgelegenheit in den Gruben. Hier ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß das Baugewerbe vollständig ruht. Trotz Tarifvertrages ist hier von einem Unternehmer der Lohn gekürzt. Nachdem in S c h w a r z e n b e r g am Anfang der Mobilmachung sozusagen alles ruhte, werden jetzt wenigstens die angefangenen Bauten fertiggestellt. An Neubauten ist nur eine Schule im Gange. Dieser kommt aber für Zimmerarbeiten zurzeit noch nicht in Betracht. Trotz Tarifvertrages ist hier der Lohn wesentlich gekürzt, was den Unternehmern um so leichter möglich war, da selbst in Friedenszeiten die Organisation im Baugewerbe zu wünschen übrig läßt. S c h e u d i t z berichtet, daß die wenigen nicht Einberufenen die angefangenen Bauten fertigstellen. Dann ist Schluß, schreibt der Berichterstatter. Auch von hier wird ein starkes Steigen der Lebensmittelpreise berichtet. Von S c h m ö l l n und S c h l e i z liegen Angaben nicht vor. Von beiden Orten ist aber bekannt, daß so gut wie gar nichts zu tun ist und Ausichten auf Besserung vor der Hand nicht bestehen. In T r e u e n ist der Umbau des Bahnhofes die einzige Arbeitsgelegenheit und dieser Bau geht seiner Vollendung entgegen. Die bisher arbeitslos Gebliebenen haben zum Teil auswärts Arbeit erhalten. In W a l d e n b u r g und W a l d h e i m ruht die ohnehin minimale Bautätigkeit in diesem Jahr seit der Mobilmachung vollständig. Eine Firma in Waldheim hat trotz Tarifvertrages den Lohn gekürzt. In W e i d a war bisher durch einen Fabrikbau einigermaßen Beschäftigung. Aber auch dieser geht seiner Vollendung entgegen. Aus W e r d a u ist ein Bericht nicht eingegangen, ebenso von W i t t e n b e r g. Im letzteren Orte ist es bisher auch während des Krieges gut gewesen. Das machten Arbeiten in der Dynamitfabrik und später im Gefangenenlager aus. Durch die Mobilmachung hat das Organisationsleben in W e i s e n f e l s sehr gelitten. Fast sämtliche Funktionsäre sind hier eingezogen, so daß zeitweilig jede Organisationsfähigkeit lahmgelegt war. Seit der Mobilmachung ist der fünfte Kassierer tätig. W u r z e n hat nicht berichtet. Z w e n t a u wird von dem Kriege wenig berührt. Bis auf einige Ausnahmen sind die Kameraden schon seit Jahren gezwungen, in Leipzig zu arbeiten. In Z e i t werden die anfangs durch die Mobilmachung Hilgelegten Bauten fertiggestellt. Auch sind noch einige Neubauten im Gange. Die Stadt sucht durch Ausführung von Notstandsarbeiten einerseits großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Arbeitslosenunterstützung wird von der Stadt in der Höhe von drei bis sechs Mark pro Woche gezahlt. Diefelbe Unterstützung erhalten auch die Frauen der Einberufenen. Eine Lebensmittelsteigerung macht sich auch hier bemerkbar. In Z w i d a u hat durch den Krieg die private Bautätigkeit eine wesentliche Einschränkung erfahren. Durch Ausführung größerer Staats- und Gemeinbauten ist die Arbeitsgelegenheit zurzeit noch zufriedenstellend. Die Stadt hat Notstandsarbeiten in Aussicht gestellt. In jüngster Zeit ist auch eine Steigerung der Lebensmittelpreise zu verzeichnen.

Soweit die Berichte. In allen Zahlstellen fast die gleiche Erscheinung. Zu Anfang der Mobilmachung ruhte die Bautätigkeit und jetzt wird die Fertigstellung der angefangenen Bauten betrieben. Neubauten sind so gut wie gar nicht im Gange, so daß bestimmt damit zu rechnen ist, daß die ohnehin große Arbeitslosigkeit noch eine wesentliche Zunahme erfahren wird. Die Unterstützungsmaßnahmen der Zentralinstanzen unseres Verbandes erweisen sich immer mehr als berechtigt, ja, geradezu als eine Notwendigkeit. Leider wird das nicht von allen Kameraden anerkannt. Durch die Gauleitung sind in einigen dreißig Zahlstellen die Gründe für die Unterstützungsmaßnahmen dargelegt worden. Die Mehrzahl der Zahlstellen hat ihre Notwendigkeit anerkannt, einige sind indes sehr ungehalten darüber. Unter andern auch D e l i t s c h. Hier war die schwach besuchte Versammlung der Meinung, daß sie nicht umsonst die Extrabeträge 1911 und 1912 bezahlet habe und diese Gelder zur Unterstützung verwendet werden könnten. Dabei war D e l i t s c h eine derjenigen Zahlstellen, die über die Erhebung dieser Beträge nicht besonders erfreut war. In Halle wurde auf Betreiben des Zahlstellenvorstandes eine Protestresolution mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Befucht war die Versammlung von 24 Kameraden und bei der Abstimmung waren noch 19 Kameraden anwesend, die nicht sämtlich von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Die Zahlstelle Chemnitz hat ihre Unzufriedenheit ebenfalls durch eine Protestresolution zum Ausdruck gebracht. G r a f e n h a i n i c h e n und M e r s e b u r g haben schriftlich ihrer Unzufriedenheit über die Kürzung der Unterstützung Ausdruck gegeben. Von M e r s e b u r g war das kaum zu erwarten, denn es war eine der wenigen Zahlstellen im Gau, die sich derzeit mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande nicht befreundeten konnte.

Die Versammlungen waren bis auf einige Ausnahmen gut besucht, teilweise wesentlich besser, wie die Agitationsversammlungen im Frühjahr. Und wenn hier und da nicht völlig unangebrachte Bemerkungen an die Maßnahmen bezüglich der Unterstützung geknüpft worden wären, könnte man eigentlich in Anbetracht der Kriegslage mit dem Organisationsleben zufrieden sein. Jedenfalls ist es ein erhebendes Zeichen von Ueberzeugung und Organisations-treue, wenn trotz der allgemeinen Aufregung während der ersten Mobilmachungstage Hunderte von Kameraden sich regelrecht amelden und bis zum Tage der Einrückung ihre Beiträge bezahlen, und gar viele waren darunter, die sich vom Bureau direkt zum Bestimmungsort begaben. Das gibt einem die Gewißheit, daß die Organisation niemals den

Rückschlag erleiden wird, den man hier und da prophezeit. Bedenken könnte man nur haben über die Auffassung der Zurückgebliebenen, was die Beschlüsse des Zentralvorstandes und Verbandsauschusses anbelangt. Allein die Kameraden sollten doch bedenken, daß außerordentliche Verhältnisse auch außerordentliche Maßnahmen bedingen. Und Urabstimmung, Einberufungen einer Generalversammlung usw. sind Vorschläge, die sehr gut gemeint sein mögen, aber zurzeit nicht gangbar sind. Die Kameraden sollten hierbei aber auch nicht vergessen, daß die Rechte der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder ebenfalls zu wahren sind. Die Organisation kann unmöglich für die Folgen des durch den Krieg geschaffenen Zustandes aufkommen; sie kann nur nach Maßgabe ihrer Mittel die vorhandene Notlage lindern. Hauptaufgabe der Generschaft bleibt nach wie vor die Wahrung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Mit Recht betonte ein Dis-kussionsredner in Halle, daß die gegenteilige Ansicht von den Hirschen vertreten werde und deren Auffassung dürften wir uns nicht zu eigen machen. Leider gibt es Kameraden, die nur dem Verband angehören der Unterstützungsleistungen wegen, weil er ihnen im Winter Schutz gegen Arbeitslosigkeit bietet; sie denken nicht daran, daß unsere Hauptaufgabe in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt, die Unterstützungsleistungen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sind. Allen Kameraden, denen das Wohl und Wehe nicht nur unseres Zentralverbandes, sondern der gesamten Arbeiterbewegung am Herzen liegt, ist nur dringend zu empfehlen, mit dahin zu wirken, daß eine größere Einsicht auch in dieser Hinsicht Platz greift.

Leipzig, 20. Oktober 1914.

G. Laue.

Gau 5 (Brandenburg).

Schon vor Beginn des Krieges war die Bautätigkeit nur eine matte. Sie verschlechterte sich noch durch die plötzliche Mobilmachung, da viele Arbeitgeber geradezu kopflos wurden und ihre Geschäfte schlossen. So ruhten in Fürstentberg-Neuzelle vom 8. bis 16. August alle Geschäfte. Auch in Ziebingen, ein rein ländliches Gebiet, waren die erste Zeit sämtliche Geschäfte geschlossen. In Rheinsberg ist das noch heute der Fall, weil inzwischen die Arbeitgeber zum Kriegsdienst eingezogen wurden. An andern Orten trat dieser Zustand zum Glück nur vereinzelt auf.

Infolge des Krieges wurde aber auch wiederum für einzelne Lohngebiete plötzliche und reiche Arbeitsgelegenheit geschaffen, wenn auch nur auf kurze Dauer. Die Baracken und Speisehallen für das Militär mußten schnell fertiggestellt werden, so daß Ueberstunden- und Sonntagsarbeit nicht zu umgehen waren. Durch die Ende August noch vermehrten Barackenbauten der Militärverwaltung wurden alle arbeitslosen Mitglieder in Pötsdam, Eickrin, Frankfurt, Spandau, Döberitz und Jossen untergebracht. Außerdem wurden an verschiedenen Orten Baracken für Westpreußen abgebaut, so in Lehnin, Treuenbriezen, Freienwalde, Niederfinow, Nychen, Wriezen, Wiesenburg u. a. m. Die inzwischen wieder arbeitslos gewordenen Kameraden wurden durch Bestellungen der einzelnen Firmen, aber auch direkt durch das Reichsamt des Innern nach Posen, Kulin, Graudenz, Hammerstein und Schneidemühl in Arbeit gebracht.

Durch den Arbeitsnachweis der Zahlstelle Berlin sind in der Zeit vom 8. August bis 5. Oktober nicht weniger als 817 Kameraden vermittelt worden, woran auch die Provinz-zahlstellen durch Vermittlung der Gauleitung mit beteiligt sind. Wenn wir die Verhältnisse in unsern Berufen mit denen in andern Berufen vergleichen, so ist die Situation augenblicklich nicht schlecht. Bei den statistischen Erhebungen am 31. August wurden in 64 Zahlstellen 287 (6,88 pSt.) und am 21. September 186 (3,94 pSt.) Arbeitslose gezählt. Bei der letzten Erhebung haben drei Zahlstellen nicht berichtet. Die Arbeitslosen waren meist Landsturmpflichtige, die außerhalb ihres Wohnortes nicht in Arbeit genommen wurden.

Die Ausichten einer weiteren Bautätigkeit sind sehr trübe. Von den meisten Zahlstellen wird berichtet, daß die Privatbautätigkeit vollständig dantiederliegt und die gegenwärtigen Arbeiten sehr bald ihr Ende erreichen. Trotzdem von einzelnen Gemeinden — es sind bis jetzt nur wenige — alle Anstrengungen gemacht werden, durch kommunale Bauten die Bautätigkeit zu beleben, bleibt für uns nur wenig zu erhoffen, da die in Frage kommenden Arbeiten nicht viel Zimmerer beanspruchen.

In verschiedenen Gemeinden sind bereits Maßnahmen zur Bänderung der Arbeitslosigkeit getroffen. Um eine möglichst einheitliche Arbeitslosenfürsorge in allen Gemeinden für die Provinz Brandenburg in die Wege zu leiten, beschäftigte sich eine Konferenz der Gauleiter mit dieser ernsten Frage. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag hatte, eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg nachzusuchen. Der Oberpräsident antwortete und hat, von der Unterredung Abstand zu nehmen, weil erfahrungsgemäß die Schaffungsfreudigkeit eines Kommunalverbandes bei jedem unbegründeten Eingriff der Staatsbehörden in seine Selbstverwaltung leide.

Bis zum 31. August waren von 4686 Mitgliedern in 64 Zahlstellen 1488 zum Kriegsdienst eingezogen; das sind 30,69 pSt. Davon sind 1152 verheiratet und 286 ledig. Eine kleine Änderung ist seitdem eingetreten. Die Zahl der Eingezogenen betrug am 5. Oktober 1462. In 21 Zahlstellen ist der Vorsitzende, in 10 der Kassierer und in 10 sind der Vorsitzende und der Kassierer eingezogen. 23 Zahlstellen wurden von dieser Veränderung verschont. S. Knüpper.

Unsere Lohnbewegungen.

Zum Tarifvertragsverhältnis im Baugewerbe. Nach den Feststellungen unseres Zentralverbandes im September 1913 sollten auf Grund des Reichstarifvertrages bis dahin 626 örtliche Tarifverträge abgeschlossen sein, deren Geltungsbereich damals 70 952 Zimmerer umfaßte, wovon 54 324 Verbandsmitglieder waren. Es sind bis jetzt 312 örtliche Tarifverträge zentral genehmigt, also nach den Bestimmungen des Haupttarifvertrages respektive den Entscheidungen des Haupttarifamtes regelrecht abgeschlossen. Diese 312 örtlichen Tarifverträge umfassen nach

dem Stande der Dinge im September 1913 zusammen 27 542 Zimmerer, darunter 22 334 Verbandsmitglieder. Danach umfassen diese 312 bereits abgeschlossenen örtlichen Tarifverträge 39 pSt. der nach unsern Feststellungen im September 1913 in Frage kommenden Zimmerer und 41 pSt. der in Frage kommenden Verbandsmitglieder.

Wo örtliche Tarifverträge noch nicht abgeschlossen beziehungsweise noch nicht genehmigt sind, besteht nichtsdestoweniger das Tarifvertragsverhältnis. Der Haupttarifvertrag für das Baugewerbe in der laufenden Vertragsperiode ist nicht wie der frühere bloß ein Vertrag über den Abschluß örtlicher Tarifverträge, sondern er ist ein Verbandstarifvertrag und verpflichtet die Vertragsparteien, also die beiderseitigen Zentralverbände, in ihrem ganzen Umfange. In ihrem Verbreitungsgebiet gelten auch ohne besondere örtliche Tarifverträge jene Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche durch Annahme der Vorschläge der Unparteiischen vom 1. beziehungsweise 6. Mai 1913 festgesetzt sind. Wo bereits früher ein örtlicher, der Tarifgemeinschaft angehöriger Tarifvertrag bestanden hat und ein neuer noch nicht zustande gekommen ist, gelten die neben den zentralen Abmachungen notwendigen örtlichen Bestimmungen des alten örtlichen Tarifvertrages weiter. Haben die örtlichen Parteien bereits einen neuen Tarifvertrag teils oder vollständig vereinbart, so daß nur noch die Entscheidung einer Tarifinstanz oder die zentrale Genehmigung aussteht, so können auch die neueren örtlichen Vereinbarungen für das Arbeitsverhältnis als maßgebend angesehen werden.

Es ist wünschenswert, daß diese Sachlage allenthalben gehörig gewürdigt und beiderseits zur Richtschnur genommen wird, damit auch die Austragung von Tarifdifferenzen während des Kriegszustandes ruhen und der sogenannte Burgfrieden zwischen den Angehörigen der Vertragsparteien vollständig gewahrt werden kann. Das liegt sicherlich sowohl in beiderseitigem Interesse wie im Interesse der Kriegsführung des Vaterlandes.

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“, das Organ des Verbandes der Baugeschäfte Groß-Berlins, beschäftigt sich in seiner Nr. 43/44 vom 30. Oktober d. J. mit unserer Stellungnahme zum Barackenbau in Nr. 42 des „Zimmerer“ und befolgt dabei die Methode, wie wir sie bei seiner Schriftleitung seit jeher gewöhnt sind. Es bringt weder den Wortlaut noch den Sinn unseres Artikels seinen Lesern zur Anschauung. Es erzählt seinen Lesern vielmehr, wir hätten etwas „behauptet“. Das ist uns natürlich gar nicht eingefallen, sondern wir haben nur darauf hingewiesen, was in einem amtlichen Schriftsatz bekanntgegeben wird. Nämlich, daß das Deutsche Reich für Kriegsarbeiten Preise gewährt, welche um 60 bis 100 pSt. und mehr über die im Frieden üblichen Preise hinausgehen“. Die Schriftleitung obenbezeichneten Blattes kennt das betreffende Schreiben natürlich auch, denn es ist nicht bloß im „Zimmerer“ abgedruckt, sondern auch im „Grundstein“ Nr. 38 vom 19. September 1914 und dort wiederholt veröffentlicht. Das „Zentralblatt“ hat jenes amtliche Schriftstück freilich ignoriert, seine Schriftleitung wird wissen warum, aber es niemand sagen.

Unsere Stellungnahme zum Barackenbau bezog sich übrigens nicht auf Groß-Berlin, wie jedem vernünftigen Menschen einleuchten muß, der unsern Artikel liest. Denn nach Groß-Berlin werden keine Arbeiter aus Orten kommen, wo die Tariflöhne höher sind als in Berlin. Aber das Geschreibsel des „Zentralblattes“ legt die starke Vermutung nahe, daß auch in Berlin gewisse Leute, welche die hohen Preise für die Kriegsarbeiten einheimfen, von ihrem eigenen Gewissen beunruhigt werden.

Entscheidungen des Haupttarifamtes für das Baugewerbe.

171.

In Sachen des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe (Baugewerbeverband Hamburg, Gruppe Maurerelei, Zimmererei und Betonbau), betreffend Antrag auf Aufhebung der Ziffer III der Entscheidung des Tarifamtes Hamburg vom 14. März 1914, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe zu Berlin in der am 21. Oktober 1914 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung dahin: Der Antrag des Arbeitgeberverbandes auf Aufhebung der Ziffer II der zweinstanzlichen Entscheidung vom 14. März wird zurückgewiesen.

Gründe:

Gemäß der Entscheidung Nr. 89 des Haupttarifamtes wurde für Hamburg eine zweite Instanz gebildet, welche die gemäß A Ziffer 4 der Vorschläge der Unparteiischen noch strittigen Vertragszusätze entweder auf dem Wege einer Einigung oder einer endgültigen Entscheidung erledigen sollte. Von Arbeitgeberseite wird gegen die endgültige Natur des Schiedspruches vom 14. März 1914 eingewendet, daß, wie sich aus den Gründen ergebe, die Entscheidung nur provisorischen Charakter habe. Dem widerspricht jedoch der allein maßgebende Tenor der Entscheidung, welcher keinerlei Einschränkungen oder Vorbehalte aufweist.

Aus der Begründung ist auch nicht zu ersehen, daß irgendwelche allgemeine im Betonschiedspruch ausgesprochene Grundsätze verletzt wären, es ermangelt deshalb dem Haupttarifamt die Zuständigkeit zur Aufhebung dieser Entscheidung.

172.

In Sachen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgeoffenen Deutschlands, Zahlstelle Sprowtau, betreffend Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiten Instanz und Ungültigkeitserklärung der Affordarbeit, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe zu Berlin in der am 21. Oktober 1914 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung dahin: Die Entscheidung der zweiten Instanz vom 2. April 1914 wird aufgehoben.

Gründe:

In der Entscheidung Nr. 17 des Haupttarifamts ist ausgesprochen, daß bei der Frage der Zulässigkeit der Affordarbeit an sich der Umfang nicht entscheidend ist, daß jedoch von Ausführung der Affordarbeit im Sinne der Bestimmungen des Hauptvertrages keine Rede sein kann, wenn nur einmal Afford mit geringer Arbeiterzahl und gegen geringe Lohnsummen ausgeführt wurde.

173.

In Sachen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands, Zahlstelle Sagan, betreffend Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz und Ungültigkeitserklärung der Affordarbeit, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe zu Berlin in der am 21. Oktober 1914 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung dahin: Der Antrag des Zimmererverbandes auf Aufhebung der Entscheidung der zweiten Instanz wird zurückgewiesen.

Gründe:

Festgestelltemerkmale handelt es sich hier nicht um ein einmaliges Vorkommen, wie im Fall Sprottau, sondern es liegt eine Mehrheit von Fällen vor. Nach der Entscheidung 17 scheidet die Anwendung der Affordarbeit dann aus, wenn die Momente der Einmaligkeit, der geringen Arbeiterzahl und der geringen Lohnsumme kumulativ gegeben sind.

174.

In Sachen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe (Verband der Bauarbeitgeber von Leipzig und Umgegend), betreffend Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts vom 9. Mai 1914, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe zu Berlin in der am 21. Oktober 1914 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung dahin: Der Antrag des Arbeitgeberverbandes auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts Leipzig vom 9. Mai 1914 wird zurückgewiesen.

Gründe:

Das Tarifamt Leipzig hat in vollkommen zutreffender Begründung die Nachzahlungspflicht bejaht und insbesondere auch mit zutreffenden Gründen dargetan, daß die Entscheidung des Haupttarifamts Nr. 28 sich auf ein Vertragsgebiet erstreckte, in welchem ein Tarifvertrag bisher nicht abgeschlossen war.

175.

In Sachen des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Mülhausen i. Gs., betreffend Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz vom 26. März 1914, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe zu Berlin in der am 21. Oktober 1914 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung dahin: Der Antrag des Zimmererverbandes auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts vom 26. März 1914 wird zurückgewiesen.

Gründe:

Das Tarifamt hat auf Grund der gepflogenen Erhebungen festgestellt, daß zwar bei verschiedenen Arbeiten in Mülhausen tatsächlich teilweise höhere Löhne bezahlt worden sind, daß aber diese einzelnen höheren Löhne nicht als Tariflöhne für Mülhausen angesehen werden können. Eine derartige Feststellung ist eine rein örtliche Frage, welche von der zweiten Instanz endgültig zu entscheiden war.

Berichte aus den Zahlstellen.

Tiegnitz. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die von 18 Kameraden besucht war, fand am 21. Oktober im Gewerkschaftshaus statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, die für richtig befunden wurde. Aus der Abrechnung war zu ersehen, daß für die Familien der im Felde stehenden Kameraden eine Summe von M 378 aus lokalen Mitteln ausgegeben worden ist.

sprache über die zurzeit bestehende Arbeitslosigkeit. Im allgemeinen wurde die Ansicht vertreten, daß mit der von der Zentrale gefürzten Arbeitslosenunterstützung schlecht auszukommen sei. Von verschiedenen Rednern wurde der Wunsch laut, die Unterstützung möge wieder auf ihre bisherige Höhe gesetzt werden.

Pöfen. Am 29. September fand im Jarodischen Lokal, St. Martinstraße 5, unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1914. 2. Die Unterstühtungen unseres Verbandes während des Krieges. 3. Beitragszahlung, Verbandsangelegenheiten und Verschönerung. Die Abrechnung wurde vom Kassierer gegeben und von den Revisoren bestätigt.

Reichenbach i. Schl. In unserer Mitgliederversammlung am 22. Oktober erläuterte Kamerad Schmidt die Aufgaben unseres Verbandes während des Krieges und nach seiner Beendigung. Er legte dar, daß man jetzt nicht mit der Verbandsstätigkeit aufhören dürfe, sondern im Gegenteil sie noch viel intensiver betreiben müsse.

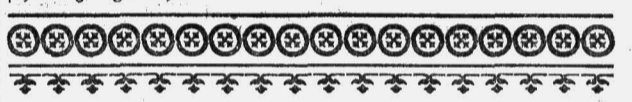
Niesenburg. Hier fand am 11. Oktober eine Mitgliederversammlung statt, die von 10 Kameraden besucht war. Es war die erste Versammlung nach der Mobilmachung. Der Gauleiter war ebenfalls zugegen.

(Situationsbericht.) Nachdem die Mobilmachung erklärt war, ließ die Militärverwaltung auch hier umfangreiche Arbeiten ausführen. Da die Zimmerer nicht ausreichten, wurden auch Maurer und ungelernete Arbeiter dabei beschäftigt.

Stuttgart. Am 23. Oktober tagte im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende die Namen der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden bekannt sowie das Ableben der Mitglieder Kretzl und Wichholz.

wirkung des Krieges auf unser Organisationsleben." Er gab ein Bild von dem Stand unserer Organisation im zweiten Quartal. Im schönsten Aufwärtstreiben seien wir vom Kriege überrascht worden. Zu Anfang des Krieges habe auch in Stuttgart eine starke Verwirrung geherrscht. Viele Mitglieder glaubten, das Ende der Organisation sei gekommen.

Zarrentin. Unsere Mitgliederversammlung am 25. Oktober befaßte sich mit der Unterstützung der Frauen unserer zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder. Sie beschloß eine einmalige Unterstützung im Betrage von M 15, die aus der Lokalkasse bestritten werden soll.



Literarisches.

Heft 4 der „Neuen Zeit“ vom 30. Oktober hat folgenden Inhalt: Kriegskritik. Von R. Kautsky. (Schluß.) — Die finanzielle Kriegsrüstung Rußlands. Von Spectator. — Die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften. Von Adolf Braun. (Schluß.)

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 23. Nummer des 31. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 M. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag F. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 3 des 25. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 M.

Versammlungsanzeiger.

Sonntabend, den 14. November:
Wanne: Abends 8 1/2 Uhr bei Homburg, Schulstr. 24.

Zur Beachtung!

Alle für Nr. 47 des „Zimmerer“ bestimmten Einsendungen müssen bereits am Montag, 16. November, morgens, in unsern Händen sein, weil die Expedition des Buztages wegen am Dienstag, 17. November, erfolgen muß. Die Redaktion.

Anzeigen.

Zahlstelle Braunschweig.
Zureisende sowie arbeitslose Kameraden müssen sich erst beim ersten Vorsitzenden H. Preuss, Wendenring 21, 1. St., melden, bevor sie umschauen. [703]